

Attraktivität gibt es nicht zum Nulltarif

Anhörung zum Landeshaushalt im nordrhein-westfälischen Landtag

Mehr als 13 500 offene Stellen im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen, die nicht besetzt werden können – diese Zahl macht deutlich, dass der öffentliche Dienst ein klares Attraktivitätsproblem hat. Gute Ansätze zur Verbesserung der Situation hat der DBB NRW in der Anhörung zum Landeshaushalt im nordrhein-westfälischen Landtag vorgestellt. Zum Nulltarif werden diese jedoch nicht zu haben sein.



Roland Staupe und Andrea Sauer-Schnieber (stellvertretende DBB NRW Vorsitzende) bei der Anhörung zum Landeshaushalt 2020 im Unterausschuss Personal.

Ein sicherer Job und eine gute Alterssicherung – das scheinen immer noch die Hauptargumente zu sein, auf die sich die Dienstherren im öffentlichen Dienst verlassen. Dass diese Argumente die junge Generation schon länger nicht mehr überzeugen, macht die konstant hohe Zahl an Leerstellen deutlich, also Stellen, die zwar eingerichtet und finanziert sind, aber nicht besetzt werden können. Aktuell beläuft sich die Zahl auf mehr als 13 500.

Ein Grund für die Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen sieht der Deutsche Be-

amtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) in der hohen Wochenarbeitszeit. Beamtinnen und Beamte in Nordrhein-Westfalen arbeiten in der Regel 41 Stunden in der Woche. Damit gehört NRW zu den Ländern mit der höchsten Wochenarbeitszeit. Eine Reduzierung wird vonseiten der Politik stets aus Kostengründen abgelehnt. Scheinbar vergessen wird dabei jedoch, dass die aktuellen Regelungen zur Wochenarbeitszeit ursprünglich eine befristete Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung darstellen sollten. 2003 war die Wochen-

arbeitszeit für fünf Jahre befristet auf 41 Wochenstunden angehoben worden. Einen Lohnausgleich gab es dafür nicht. Die Befristung jedoch wurde immer wieder verlängert und ist irgendwann zur Dauerlösung geworden.

„Die von uns geforderte Absenkung der Wochenarbeitszeit ist genau genommen also keine wirkliche Reduzierung, sondern vielmehr die Rücknahme einer ursprünglich befristeten Maßnahme“, erklärt **Roland Staupe**, 1. Vorsitzender des DBB NRW. „Die Kolleginnen und Kollegen fangen durch ihren Einsatz je-

den Tag die Mehrarbeit von 13 500 unbesetzten Stellen auf, da ist es eine Gerechtigkeitsfrage, sie endlich von ihrem jahrelang erbrachten Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung zu entbinden.“

Darüber hinaus fordert der DBB NRW auch weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität, insbesondere im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie: „Der öffentliche Dienst bietet zwar insgesamt einiges an Flexibilität, auf der Strecke bleiben dabei jedoch oft die Karrierechancen“, so der DBB NRW Landesvorsitzende. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist weiblich, in Führungspositionen sind Frauen jedoch deutlich unterrepräsentiert. „Hier muss sich dringend etwas ändern“, so Roland Staupe. Konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation hatte der DBB NRW in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung erarbeitet und in der Broschüre „Geschlechtergerechte Beurteilungen im Öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen“ zusammengefasst. „Wir sehen zwar erste Bemühungen der Landesregierung, bei diesem Thema eine Verbesserung zu erreichen, diese müssten aber deutlich intensiviert werden, wenn zeitnah Ergebnisse erzielt werden sollen.“ **JMJ**

2 Wie attraktiv ist der öffentliche Dienst?

Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion



2 Direktabrechnung der Beihilfen

Interview mit dem Leiter des LBV NRW



8 DBB Kreisverband Neuss

Ira Leifgen wurde als neue Vorsitzende gewählt



Wie attraktiv ist der öffentliche Dienst?

DBB NRW im Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion

Kurz vor der Haushaltsanhörung kam der Vorstand des DBB NRW mit wichtigen Sprecherinnen und Sprechern der SPD-Landtagsfraktion zusammen, um über mögliche Ansatzpunkte einer Attraktivitätsoffensive zu sprechen.



Am Gespräch nahmen teil (v. l.): Andreas Bartsch, Sven Wolf (SPD), Christian Dahm (SPD), Rainer Hengst, Michael Hübner (SPD), Roland Staude, Himmet Ertürk, Astrid Walter-Strietzel, Erich Rettinghaus, Eva-Maria Voigt-Küppers, Stefan Behlau, Achim Hirtz. Nicht im Bild zu sehen: Lisa Kristin Kapteinat.

© Peter Weihs

Dass es keine einfache und schnelle Lösung für das Attraktivitätsproblem des öffentlichen Dienstes gibt – darin waren sich die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer

im Landtag einig. Ebenso Einigkeit herrschte jedoch bei der Aussage, dass das Thema trotzdem angegangen werden müsse – und zwar so schnell wie möglich.

Nach Ansicht des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) geht es zwar auch um die Bezahlungsstrukturen im öffentlichen Dienst, vor allem

aber um viele weitere Bausteine. Ein wichtiger davon ist die Reduzierung der Wochenarbeitszeit sowie die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten. Hier waren für beide Parteien auch Übergangsmodelle wie z. B. das sogenannte „Hessische Modell“ denkbar.

Daneben nahmen auch die Themen Geschlechtergerechtigkeit und Gesundheitsmanagement großen Raum bei der Diskussion ein. „Wir sehen zwar bei beiden Themen erste Schritte, es geht aber viel zu langsam voran“, erklärte der DBB NRW Vorsitzende **Roland Staude**. Als erster Schritt beim Gesundheitsmanagement wäre zum Beispiel die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale denkbar. „Momentan müssen Beamtinnen und Beamte Vorsorgeleistungen praktisch selbst finanzieren, das ist wohl das Gegenteil von aktivem Gesundheitsmanagement“, erklärte der Landesvorsitzende und stieß damit auf offene Ohren bei den Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmern. **JMJ**

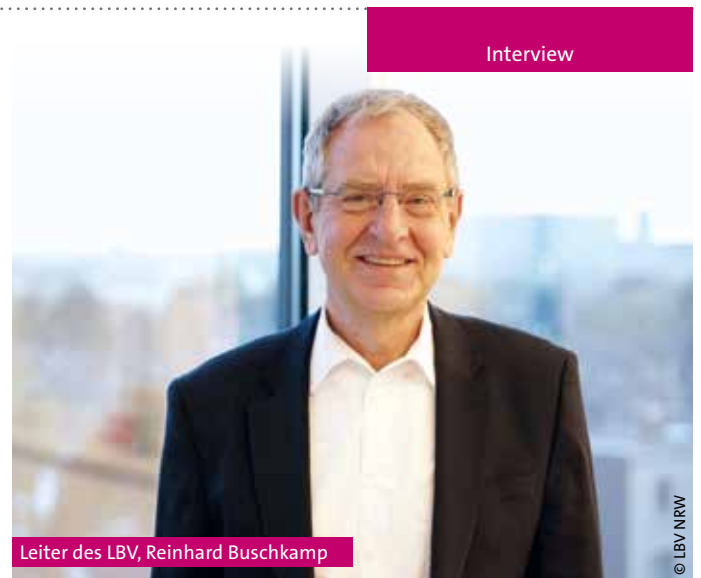
Online-Antragsverfahren zur Versorgungsauskunft und Direktabrechnung

Interview mit dem Leiter des LBV NRW, Reinhard Buschkamp

In einem Interview des DBB Magazins mit dem Direktor des Landesamts für Besoldung und Versorgung des Landes Nordrhein-Westfalen (LBV), **Reinhard Buschkamp**, gibt er u. a. Auskunft über eine Pilotierung einer Direktabrechnung der Beihilfen mit den Krankenhäusern und berichtet über die beispielhaften Aktivitäten im Rahmen von „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

DBB NRW Magazin: Herr Buschkamp, Sie sind seit 2011 Leiter des LBV NRW. Wie hat sich das LBV seitdem entwickelt?

Reinhard Buschkamp: Wir haben die letzten Jahre genutzt und uns kritisch mit unseren Prozessen und Abläufen auseinandergesetzt. Durch Einbeziehung der Mitarbeitenden in die Prozessanalyse und -optimierung haben wir neue Wege



Leiter des LBV, Reinhard Buschkamp

© LBV NRW

gefunden, unsere Abläufe zu optimieren – hierbei haben wir die Serviceorientierung und das Qualitätsbewusstsein in den Vordergrund gestellt.

DBB NRW Magazin: Häufiger Kritikpunkt aus dem Kreis der Kolleginnen und Kollegen ist, dass das LBV nur schwer telefonisch erreichbar ist. Was sagen Sie dazu?

Reinhard Buschkamp: Um ehrlich zu sein, kann ich diesen Kritikpunkt nicht ganz nachvollziehen. Wir haben in den letzten Jahren intensiv an dem Problem gearbeitet. Seit 2016 gewährleisten wir eine Annahmquote von über 90 Prozent und das trotz jährlich steigender Anruferzahlen.

DBB NRW Magazin: Sie testen gerade ein Online-Antragsverfahren zur Versorgungsauskunft. Wie müssen wir uns das genau vorstellen?

Reinhard Buschkamp: Ab dem 1. Januar 2021 besteht ein gesetzlicher Anspruch auf Erteilung einer Versorgungsauskunft für Beamtinnen und Beamte des Landes NRW, die das 55. Lebensjahr vollendet haben. Zu diesem Zweck haben wir ein Online-Antragsverfahren eingerichtet, welches bereits jetzt im Rahmen eines Pilotprojektes getestet wird. An dem Pilotprojekt nehmen zunächst ausgesuchte Dienststellen teil. Bis Ende 2020 werden alle Dienststellen freigeschaltet sein.

Über ein Webformular können Sie alle notwendigen Angaben eintragen – Versorgungswissen ist hierfür nicht notwendig. Diese Angaben werden von der Personalakten führenden Dienststelle geprüft und ggf. vervollständigt. Anschließend erfolgt die versorgungsrechtliche Beurteilung der Angaben durch das LBV.

Mit der Einführung eines Beschäftigtenportals im Rahmen des E-Governments wird künftig auch dieser Schritt digitalisiert werden.

DBB NRW Magazin: Eine ungewöhnliche Einrichtung in Ihrem Hause ist die „Stabsstelle Gesamtprojektsteuerung“. Diese ist direkt der Behördenleitung unterstellt und berät sowie unterstützt Sie bei strategischen Grundsatzfragen im Bereich der Informationstechnik. Warum haben Sie sich für diese neue Stabsstelle entschieden?

Reinhard Buschkamp: Die Stabsstelle Gesamtprojektsteuerung habe ich im Jahr 2014, ein Jahr nach Einführung des neuen Bezügeverfahrens auf SAP-Basis, eingerichtet. Aufgabe der mit projekterfahrenen Mitarbeitenden besetzten Stabsstelle ist, neben der von Ihnen angeführten strategischen Beratung, die projekt- und verfahrensübergreifende Koordination von Projekten, zur Entlastung der IT-Betriebsorganisation. So wurden z. B. die Großprojekte im Zusammenhang mit der Ablösung der IBM-Großrechnertechnologie bei IT.NRW, die sowohl das aktuelle Bezügeverfahren als auch die elektronische Bezügeakte und weitere Datenbankanwendungen betrafen, hier verantwortlich. Als nicht in eine Abteilungshierarchie eingebundene Stabsstelle werden hier für das LBV organisationsübergreifend auch weitere Digitalisierungsvorhaben z. B. im Rahmen des E-Governments betreut.

DBB NRW Magazin: Mit dem notwendigen Schritt zur Beihilfe-App haben Sie vielen Kolleginnen und Kollegen die Arbeit beim Beihilfeantrag erleichtert. Wann können wir mit einer Direktabrechnung rechnen? Das würde bei Ihnen personelle Ressourcen einsparen und die Beihilfeberechtigten würden dies ohnehin begrüßen.

Reinhard Buschkamp: Zwischen den Beihilfestellen des Landes und dem Ministerium der Finanzen wurde vereinbart, dass das LBV NRW die Pilotierung der ersten Stufe einer Direktabrechnung der Beihilfen mit den Krankenhäusern übernimmt.

In einem ersten Schritt sollen zunächst die Einrichtungen beteiligt werden, die ihre Leistungen nach den Bestimmungen des Krankenhausentgeltgesetzes bzw. der Bundespflegeverordnung vergüten. Zunächst soll eine Direktabrechnung mit den Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen erfolgen.

Die Auswahl der Universitätskliniken erfolgte vor dem Hintergrund einer größtmöglichen Anzahl von medizinischen Fachbereichen einerseits sowie einer überschaubaren Anzahl von teilnehmenden Einrichtungen andererseits.

Soweit diese erste Pilotierungsphase erfolgreich abgeschlossen werden kann, ist geplant, weitere Einrichtungen in das Angebot der Direktabrechnung mit einzubeziehen.

DBB NRW Magazin: Wie geht das LBV mit dem Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ um?

Reinhard Buschkamp: Das LBV ist im Jahr 2018 bereits zum zweiten Mal als familienfreundlicher Arbeitgeber durch die Bertelsmann Stiftung zertifiziert worden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als gelebte Behördenkultur hat im LBV eine lange Tradition und drückt sich in einer Vielzahl von Rahmenbedingungen aus, die den Beschäftigten lebensphasenbezogen geeignete Unterstützungsmöglichkeiten eröffnen.

Es gibt z. B. vielfältige und sehr individuelle Arbeitszeitmodellen, und die Anzahl der Tele-

arbeitsplätze wurde kontinuierlich aufgestockt.

Darüber hinaus nimmt die Belegschaft die Unterstützung durch die Führungskräfte beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf als sehr positiv wahr.

In einem weiteren Schritt sollen zukünftig sämtliche Aktivitäten im Personalmanagement konsequent an den Lebensphasen der verschiedenen Beschäftigtengruppen ausgerichtet und in strategische Überlegungen einbezogen werden. So kann gewährleistet werden, dass die Bedürfnisse z. B. der Mitarbeitenden in/nach Eltern-

zeit/ bzw. in/nach Beurlaubung noch besser Berücksichtigung finden. Aber auch Mitarbeitende in der Mitte ihrer Berufstätigkeit, für die z. B. das Thema Pflege naher Angehöriger an Bedeutung gewinnt, bilden eine Beschäftigtengruppe, deren Bedürfnisse das LBV ernst nimmt und bei der Realisierung von Arbeitsbedingungen berücksichtigt.

Dies alles sind konsequente Schritte, die bereits gelebte Kultur der Familienfreundlichkeit des LBV noch stärker strategisch zu verankern.

DBB NRW Magazin: Vielen Dank für das Gespräch.

Berufspolitik

Frühes „Rekrutierung“ von potenziellen Bewerbern für den öffentlichen Dienst

Stellv. DBB NRW Vorsitzender Erich Rettinghaus auf Verbandstag der FDP Ruhr

Auf dem Verbandstag der FDP Ruhr am 26. Oktober 2019 in Mülheim zum Themenfeld „Attraktivitäts-offensive für den öffentlichen Dienst“ waren auch Vertreter des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen mit seinen Fachgewerkschaften eingeladen. Für den DBB NRW nahm der stellvertretende Vorsitzende Erich Rettinghaus teil.

Rettinghaus stellte den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern, darunter auch der Vorsitzende der FDP Ruhr, **Ralf Witzel** MdL, und dessen stellv. Vorsitzenden **Christian Mangen** MdL den Wettbewerb um die „Besten“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen und der freien Wirtschaft dar. Auch den Wettbewerb im öffentlichen Dienst zwischen

den einzelnen Bundesländern.

So positiv die Stellenzuwächse im Haushalt 2020 auch seien, so hoch seien die Leerstellen in den Bereichen Schule und Bildung, Finanzen, Justiz und im Bereich des Innern im öffentlichen Dienst, kritisierte Rettinghaus anhand konkreter Zahlen.



Insgesamt sei ein frühes „Rekrutierung“ von potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern für den öffentlichen Dienst anzustreben. Teams müssten in Schulen und Vereinen, dort die Besten erkennen, begleiten, fördern und binden. Rettinghaus: „Die Wirtschaft hat das längst erkannt!“

Es müsse die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gesteigert werden. Als Beispiele nannte er eine Verbesserung der Verwendung- und Aufstiegsmöglichkeiten. Der DBB NRW hat Ansätze für eine Attraktivitätsoffensive im

öffentlichen Dienst in einem Leit Antrag auf dem Gewerkschaftstag 2019 verabschiedet, auf dessen Inhalt Erich Rettinghaus Bezug nahm.

Für ihre spezifischen Bereiche ergänzten **Achim Hintz** (Mitglied im Vorstand des DBB NRW und des BSBD NRW) und **Marcel Huckel** (stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend NRW) mit Beispielen und Fakten aus den betreffenden Bereichen, machten klar wo der „Schuh“ drückt und gingen ebenso auf Fragen aus dem Teilnehmerkreis ein.



Sitzung der DBB NRW Landesfrauenvertretung

Über moderne Frauen- und Familienförderung bis hin zur Vorbereitung der Fachtagung der Landesfrauenvertretung im kommenden Jahr



Tanja Küsgens (VBE), stellv. Vorsitzende, Anusch Melkonyan (komba), Vorsitzende und Diana Wedemeier (DSTG), stellv. Vorsitzende (von links)

Seit dem zurückliegenden Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen hat die Landesfrauenvertretung nach der Neuwahl ihres Vorstandes zum zweiten Mal in Düsseldorf getagt. Nicht nur der im Mai bereits neu gewählte Vorstand der Landesfrauenvertretung, sondern auch die neuen Mitglieder der Landesfrauenvertretung bereicherten die zurückliegende Sitzung durch konstruktive Beiträge und Berichte aus den Mitgliedsverbänden.

Für das kommende Jahr wurden bereits die ersten Vorbereitungen für die frauenpolitische Fachtagung der Landesfrauenvertretung getroffen. Die Mitglieder konnten den Themenschwerpunkt, den die anstehende Tagung behandeln soll, bereits festlegen.

Die Tagung wird erneut, wie auch in den Vorjahren, in Düsseldorf stattfinden. Geplant ist diese aber erst für die zweite Jahreshälfte. Ebenso einigten sich die Teilnehmerinnen auf den Inhalt der zu stellenden Anträge an den Bundesfrauenkongress der dbb bundesfrauenvertretung, der im April 2020 in Potsdam stattfinden wird. Die Vorsitzende **Anusch Melkonyan** appellierte an die Mitglieder, sich über die jeweilige Fachgewerkschaft anzumelden.

Der FrauenRat NRW, in dem der DBB NRW mit der Vorsitzenden

der Landesfrauenvertretung ebenfalls Mitglied ist, hat mehrere Arbeitsgruppen initiiert. Neben der Vorsitzenden nahm auch die stellvertretende Vorsitzende **Diana Wedemeier** (DSTG) an der dortigen Arbeitsgruppe Digitalisierung teil. Hier werde, so die Vorsitzende, Fachwissen durch viele Vertreterinnen aus dem Bereich IT-Sicherheit und Technik gebündelt. Zuletzt nahmen sie an einem Vortrag zu unterschiedlichen Themenbereichen im Haus der Technik in Essen teil, mit dem Haupttenor „digital braucht sozial“.

Darüber hinaus wurde in der Sitzung auch über die Auswirkungen von Chancengleichheit von Frauen und Männern (paritätische Besetzung von Stellen, Beurteilungsverfahren) diskutiert. Erörtert wurde hierzu auch der vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes

Nordrhein-Westfalen (MHKBG) wenige Tage zuvor anberaumte Sitzungstermin zum Thema „moderne Frauen- und Familienförderung in der Landesverwaltung“.

Ministerin **Scharrenbach** hatte bereits anlässlich der Anfang 2018 stattgefundenen frauenpolitischen Fachtagung eine Evaluation der Beurteilungsrichtlinien angekündigt. Diese Evaluation liegt bereits vor. Nunmehr hatte das MHKBG erneut zu einer Sitzung eingeladen, an der nur wenige Tage zuvor die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung des DBB NRW sowie die Kolleginnen **Julia Dalhoff-Scherek** und **Johanna Muschalik** aus der Geschäftsstelle des DBB NRW

teilgenommen haben. Neben einem Impulsreferat diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Grundsätze für faire und gleichstellungsgerechte Beurteilungsverfahren. Anusch Melkonyan teilte hierzu mit, dass noch eine weitere Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einem zeitlich späteren Zeitpunkt geplant sei.

Abgerundet wurde die Sitzung durch einen Rückblick und Bericht der stellvertretenden Vorsitzenden **Tanja Küsgens** (VBE) aus der Hauptversammlung der bundesfrauenvertretung des dbb, die vom 27. bis 29. September 2019 in Berlin stattgefunden hat. **JDS**

DBB intern

DBB Stadtverband Düsseldorf auf politische Bildungsreise in Berlin

Der Vorstand des DBB Stadtverbandes Düsseldorf hat auf Einladung von **MdB Sylvia Pantel** (CDU) an einer politischen Bildungsreise nach Berlin teilgenommen.



Der Vorstand des DBB Düsseldorf mit Sylvia Pantel (rote Jacke) vor der Reichstagskuppel

© DBB Düsseldorf

Wichtigkeit des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes

Tagung der Rechtsschutzbeauftragten im DBB NRW

Zum Rechtsschutztag des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen trafen sich etwa 30 Rechtsschutzbeauftragte des DBB NRW und der Mitgliedsgewerkschaften am 10. Oktober 2019 in der Düsseldorfer Landesgeschäftsstelle. Schwerpunkt des Treffens war – selbstverständlich – das Thema „gewerkschaftlicher Rechtsschutz“.



© DBB NRW (2)



Die Referenten und Teilnehmer auf dem Rechtsschutztag

Volker van Bökel und **Hans-Jürgen Igel**, zwei Anwälte aus dem Dienstleistungszentrum West, erläuterten anschaulich und detailliert insbesondere den Weg zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz und in welchen Bereichen der DBB NRW und seine Mitgliedsgewerkschaften betroffene Kolleginnen und Kollegen juristisch beraten und ggf. auch vertreten können.

Es ergab sich eine intensive und viele Einzelheiten auslotende Diskussion mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der Rechtsschutzbeauftragten und der Dienstleistungszentren des dbb beamtenbund und tarifunion weiter zu verbessern.

Einigkeit bestand zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die Verfahrensweise

der Rechtsschutzgewährung und des Ablaufs so zu gestalten, dass den Kolleginnen und Kollegen im Bedarfsfall möglichst zügig der Rechtsschutz ermöglicht und die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in den Dienstleistungszentren schnell in die Lage versetzt werden, den Betroffenen zu helfen. Es zeigte sich hierbei erneut die Wichtigkeit des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes.

Zum Hintergrund: Der DBB NRW kann nach den Vorgaben seiner Rechtsschutzordnung den in den Mitgliedsgewerkschaften organisierten Kolleginnen und Kollegen Rechtsschutz gewähren in Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit dem Dienst- bzw. dem Arbeitsverhältnis stehen.

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staudé (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@DBB-nrw.de. **Internet:** www.DBB-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK). **Redaktion:** Julia Dalhoff-Scherek (JDS), Johanna Muschalik-Jaskolka (JM) und Malte Poerschke (MP).
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: DBB verlag gmbh. **Internet:** www.DBBverlag.de. **E-Mail:** kontakt@DBBverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Anzeigen: DBB verlag gmbh, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@DBBverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 41, gültig ab 1.10.2018.
Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

DBB Kreisverband Neuss hat mit Ira Leifgen neue Vorsitzende

Langjähriger bisheriger Vorsitzender Norbert Clever erhält Ehrennadel

33 Jahre hatte **Norbert Clever** den ca. 5 000 Mitglieder zählenden Kreisverband Neuss des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen als Vorsitzender (an)geführt. Bei den jetzt durchgeführten Vorstandswahlen trat der 64-Jährige

nicht mehr an, um Platz für Jüngere zu machen.

Zur Überreichung der Ehrennadel des DBB NRW kam **Andreas Hemsing**, DBB NRW Vorstandsmitglied, zur erweiterten Vorstandssitzung nach Greven-



Norbert Clever, Ira Leifgen und Andreas Hemsing (von links)

broich. Vom Neusser DBB Kreisverband wurde Norbert Clever einstimmig zum neuen Ehrenvorsitzenden gewählt.

Die Kasse übernahm **Birgit Holz** (komba). Neue Pressesprecherin wurde **Sandra Pfeiffer** (komba).



Reiner Dankelmann (komba Meerbusch), Ira Leifgen (komba Grevenbroich) und Heiko Wehrmann (vbba) (von links)

Neue Vorsitzende wurde die bisherige stellvertretende Vorsitzende **Ira Leifgen** (komba). Die 50-Jährige leitet hauptberuflich das Büro des Grevenbroicher Bürgermeisters. Neue stellvertretende Vorsitzende wurden **Reiner Dankelmann** (komba) und **Heiko Wehrmann** (VBBA).

Die Geschäftsführung blieb in den bewährten Händen von **Raphael Hermanski** (komba).

„Alaaf Magenta“ Vorverkauf beginnt in Kürze



Die beste Karnevalsparty ist wie immer „Alaaf Magenta“. Die 10. Auflage des Party-Klassikers auf dem Rhein führt die dbb jugend nrw am 15. Februar 2020 durch. Wie gewohnt startet der Vorverkauf am 11.11. ab 11:11 Uhr auf www.dbbjnrw.de. Hier ist Eile geboten, denn die Karten werden schnell vergriffen sein!

Politik

DBB NRW Vorstandsmitglieder beim exklusiven Abend der BBBank in Köln mit dem NRW-Ministerpräsidenten **Armin Laschet**. Dieser nutzte die Gelegenheit, sich vor den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen für die hervorragende Arbeit zu bedanken und verurteilte erneut jede Art von Gewalt gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst.



Himmet Ertürk, Armin Laschet, Andreas Hemsing und Achim Wirtz (von links)